

Integration und Vielfalt – den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Bei der Jahrestagung der dgh hielt Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, das Eröffnungsreferat. Eine seiner Kernaussagen war, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist: 20 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. – Der Beitrag fußt auf dem Redemanskript, das der Redaktion zur Verfügung gestellt wurde (lesen Sie dazu auch den Bericht über die Jahrestagung).

1 Integrationsverständnis des Bundesamtes

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) versteht Integration als einen wechselseitigen Prozess, der neben den Zuwanderern auch auf die Aufnahmegesellschaft gerichtet ist. Von diesem Verständnis ausgehend, möchte ich eingangs die Arbeit des Bundesamtes vorstellen und später anhand der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und dem ESF(Europäischer Sozialfonds)-BAMF-Programm die Verbindung zum Bereich der hauswirtschaftlichen Berufen herstellen.

Für die Gruppe der Zuwanderer bietet das Bundesamt mit dem Aufenthaltsgesetz seit 2005 eine breite Palette unterschiedlicher Maßnahmen an:

■ Sprachkurse

Seit 2005 gibt es Integrationskurse, bislang haben rund 900.000 Personen einen solchen Kurs besucht. Der Integrationskurs besteht aus einem Sprachkurs, der bis zu 900 Unterrichtsstunden umfasst, und einem 45-stündigen Orientierungskurs. Im Orientierungskurs werden Alltagswissen sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland vermittelt.

Im ESF-BAMF-Programm, einem Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung, haben seit 2009 rund 36.000 Personen an einem berufsbezogenen Sprachkurs teilgenommen.

■ Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Ziel der MBE ist es, Zuwanderern zeitnah nach der Einwanderung ein Beratungsangebot zur Verfügung zu stellen, so an Angebote der Integrationsförderung heranzuführen und bei alltäglichen Fragen zu beraten.

Der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk sind zwei der insgesamt acht Trägerorganisationen, die vom Bundesamt mit der Durchführung beauftragt sind. Beide sind auch Mitgliedsverbände der dgh. Auf das ESF-BAMF-Programm und die MBE werde ich später noch einmal zurückkommen und diese mit Blick auf hauswirtschaftliche Berufe ausführlicher beschreiben.

■ Projektförderung

2011 werden rund 350 gemeinwesenorientierte Projekte gefördert, wobei die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen ein Schwerpunkt der Projektförderung ist. Etwa 30 Prozent der Projekte werden derzeit von Migrantenorganisationen durchgeführt.

Ziele der Projektförderung sind u. a. die Stärkung der wechselseitigen Ak-



Manfred Schmidt

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird seit dem 1. Dezember 2010 von dem Juristen Dr. Manfred Schmidt (Jahrgang 1959) geleitet. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität und seiner Promotion ist er von 1990 bis Dezember 2010 Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern. Von Dezember 2007 bis Dezember 2010 leitete er die Abteilung für Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern.
Aus: <http://www.bamf.de/DE/ DasBAMF/Aufbau/Praesident/praesident-node.html>, 01. 12. 2011

zeptanz von Zuwanderern und Einheimischen sowie der Ausbau der individuellen Kompetenzen der Zuwanderer.

Allerdings gilt für das Bundesamt auch, die Aufnahmegesellschaft in den Blick zu nehmen. Denn Integration heißt immer auch, dass es ein Engagement auf beiden Seiten geben muss. Die hoch emotionale Integrationsdebatte des letzten Jahres hat gezeigt, dass ein Bedarf an Fakten/ Zahlen sowie persönlichen Begegnungen besteht, um zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen.

Anliegen des Bundesamtes ist, Grundlagen für diese Versachlichung der Integrationsdebatte zu schaffen und so zu einer interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft beizutragen.

Hierfür werden derzeit zwei Ansätze verfolgt. Im November 2011 startet der Runde Tisch „Aufnahmegesellschaft“, bestehend aus zwei Arbeitsgruppen:

(1) AG Interkulturelle Öffnung durch politische Bil-

dung: Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Ansätze zu diskutieren, wie Instrumente der politischen Bildungsarbeit für interkulturelle Öffnungsprozesse der Aufnahmegesellschaft genutzt werden können. So wird es zunächst darum gehen, konkrete Zielgruppen in der Aufnahmegesellschaft zu identifizieren. Derzeit beginnt die Zusammenarbeit mit Trägern der politischen Bildung. Um unterschiedlichste Zielgruppen zu erreichen, bestehende Netzwerke und vorhandenes Know-how zu nutzen, kooperiert das Bundesamt hier mit Trägern der politischen Bildung. So zum Beispiel mit der Friedrich-Naumann-Stiftung. In bundesweit zehn Veranstaltungen wird hier das Thema Integration immer mit unterschiedlichen Schwerpunkten beleuchtet.

Interkulturelle Öffnung heißt also, die Aufnahmegesellschaft für den Umgang mit Vielfalt und Zuwanderung zu sensibilisieren. Interkulturelle Öffnung ist dabei die Basis für die Etablierung einer Willkommenskultur. Denn nur, wenn eine Gesellschaft auch die Bereitschaft für Vielfalt und Integration zeigt, macht sie deutlich, dass Zuwanderer willkommen sind.

(2) AG Etablierung einer Willkommenskultur: Will-

kommenskultur beschreibt zunächst ganz allgemein die Rahmenbedingungen, die Deutschland attraktiv für Zuwanderer machen. Die AG hat das Ziel, die für Neuzuwanderer relevanten staatlichen Strukturen auf ihren Beitrag zur Etablierung einer Willkommenskultur zu überprüfen und Empfehlungen zur Optimierung zu erarbeiten. Vorbild sind dabei sogenannte „One-stop-shops“, die alle für Neuzuwanderer relevanten Angebote unter einem Dach zusammenfassen.

Erfolgreiche Integration erfordert also Leistungen der Zuwanderer (Integrationsangebote wahrnehmen) und die Bereitschaft und Fähigkeit der Aufnahmegesellschaft mit einer wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt umzugehen (interkulturelle Öffnung). Dass dieser enge Zusammenhang auch in der Praxis besteht, zeigt sich vor allem bei hauswirtschaftlichen Berufen.

2 Angebote für Zuwanderer am Beispiel hauswirtschaftlicher Berufe

Ein Blick in die Statistik zeigt, dass einzelne hauswirtschaftliche Berufe und Zuwanderung in einem engen Zusammenhang stehen:

Im Zeitraum von 1999 bis 2008 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern, die in Privathaushalten beschäftigt sind, um insgesamt rund 15 Prozent (auf über 3.000 Personen) gestiegen. Diese Personen arbeiten zum Beispiel als Hauspersonal oder pflegen und unterstützen Men-

schen, die wegen ihres Alters auf Hilfe angewiesen sind.

Unabhängig von diesem Zuwachs zeichnet sich im Bereich der Pflege- und Gesundheitsberufe trotzdem ein Mangel an Fachkräften ab. Nach Berechnungen der Bundesregierung werden in der Pflegebranche im Jahr 2025 rund 150.000 Beschäftigte fehlen.

Zuwanderer sind aber auch mit Blick auf die Gruppe der älteren Mi-

granten von Bedeutung, da künftig auch der Bedarf nach einer kultursensiblen Altenpflege steigt. Das Thema „Integration“ ist also gerade bei hauswirtschaftlichen Berufen von besonderer strategischer Bedeutung.

Was kann das Bundesamt Fachkräften im Bereich Pflege und Gesundheit anbieten, damit Integration möglichst schnell gelingt und auch ein „willkommen“ signalisiert wird? Eingangs habe ich bereits das ESF-BAMF-Programm und die Migrationsberatung angesprochen, beide stelle ich nun mit Blick auf den hauswirtschaftlichen Bereich etwas ausführlicher dar.

■ **Berufsbezogene Sprachförderung:** Ziel des ESF-BAMF-Programms ist es, Menschen mit Migrationshintergrund durch sprachliche und fachliche Qualifizierung den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, z. B. im Bereich Pflege oder Gesundheit.

► Die Kurse bestehen aus zwei Teilen: berufsbezogene Sprachförderung und kursergänzende Betriebspraktika oder Betriebsbesichtigungen.

► Damit unterstützt das Bundesamt letztlich auch Bestrebungen zur Verringerung des Fachkräftemangels.

► Seit Beginn des Programms 2009 haben bundesweit über 1.900 Kurse begonnen. Im Bereich Gesundheit und Pflege laufen aktuell zwölf Kurse.

Zusätzlich zu vorhandenen Qualifikationsbedarfen im Bereich der Sprache

»Interkulturelle Öffnung heißt, die Aufnahmegesellschaft für den Umgang mit Vielfalt und Zuwanderung zu sensibilisieren«

»Das Thema Integration ist gerade bei hauswirtschaftlichen Berufen von besonderer strategischer Bedeutung«

haben Zuwanderer beispielsweise Fragen in Zusammenhang mit einer Arbeitsplatzaufnahme oder in Einzelfällen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen, aber ebenso eine Vielzahl allgemeiner Fragen. Hier setzt die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) an. Das Ziel der MBE ist es, den erwachsenen Zuwanderer zu selbstständigem Handeln in Angelegenheiten des täglichen Lebens zu befähigen sowie zeitnah nach der Einwanderung an bestehende Unterstützungs- und Beratungsangebote heranzuführen.

Mit knapp 800 Beratern und etwa 600 Beratungseinrichtungen besteht ein bundesweites Beratungsangebot. Die Durchführung der MBE hat das Bundesamt den Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und dem Bund der Vertriebenen übertragen. Mit der Caritas und der Diakonie, beide sind Mitglied der dgh, gibt es hier eine lange und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

3 Interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft

Integration setzt Offenheit der Aufnahmegesellschaft voraus. Zuwanderer treffen nämlich auch auf ein Lebensumfeld und auf einen Arbeitgeber. Damit Zuwanderer sich „willkommen“ fühlen und Integration gelingt, muss die Aufnahmegesellschaft interkulturell geöffnet sein. Interkulturell geöffnet bedeutet ganz allgemein, dass die Aufnahmegesellschaft mit der wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt umzugehen weiß,

gesellschaftliche Vielfalt anerkennt, also Potenziale der Zuwanderer erkennt und Voraussetzungen für ihre Entfaltung schafft. Die Potenziale der Zuwanderer nutzen heißt auch, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Nur so können sich die Kompetenzen jedes einzelnen Zuwanderers entfalten und kann die gegenseitige Anerkennung gesteigert werden.

Fortsetzung auf Seite 175

Integration in der Einwanderungsgesellschaft: Deutschland 2010/11

Als ein weiterer Hauptredner bei der Jahrestagung hatte die dgh Prof. Dr. Klaus J. Bade gewinnen können. Er ist Vorsitzender des von acht großen deutschen Stiftungen getragenen Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration – In dem folgenden Beitrag stellte Klaus J. Bade wesentliche Aussagen für die HuW zusammen.

Die Bürgergesellschaften in Europa haben sich zumeist in Einwanderungsgesellschaften verwandelt. Die Einwanderungsgesellschaft ist kein Zustand, sondern ein vielgestaltiger, komplexer und sich stets weiter ausdifferenzierender Kultur- und Sozialprozess. Er besteht aus dem regional, lokal und sozial unterschiedlich ausgeprägten Zusammenwachsen von Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung, das beide Seiten tiefgreifend verändert. Ergebnis ist ein beschleunigter Wandel von Strukturen und Lebensformen, insbesondere in Großstädten mit starker Zuwandererbevölkerung.

Diesen Wandel als Normalität zu begreifen und als täglich neue Herausforderung anzunehmen, ist die zentrale

Der SVR

Zentrale Aufgaben des Sachverständigenrats sind Bestandsaufnahmen, Entwicklungsanalysen, kritische Politikbegleitung und die Information der Öffentlichkeit in den Bereichen Integration und Migration. Es geht darum, kritisch zu beobachten, neutral und methodensicher zu bewerten und handlungsorientiert zu beraten.

Dies geschieht durch wissenschaftlich fundierte, politisch neutrale, um Objektivität bemühte Einschätzungen. Der Sachverständigenrat veröffentlicht dazu Jahresberichte, Gutachten und Stellungnahmen zur Entwicklung von Integration und Migration sowie zur Einschätzung von Integrations- und Migrationspolitik.

Aus: <http://www.svr-migration.de>, „Aufgaben“, 01.12.2011

Aufgabe in der Einwanderungsgesellschaft. Sie wird von Menschen, die davon in ihren altvertrauten Lebensbereichen besonders betroffen sind, nicht selten als Überforderung, Zumutung und soziales Ärgernis registriert. Das führt mitunter zu als Selbstschutz verstandenen, aber aggressiv wirkenden Abwehrhaltungen – selbst gegenüber seit langem „einheimischen Fremden“. „Alienation“ nennen die Amerikaner diesen Entfremdungsprozess.

Die Integration in die Gesellschaft gibt es nicht, weil Gesellschaften aus den verschiedensten Teilbereichen bestehen. Als messbare Dimension von sozialer Integration definierte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) deshalb in seinem im Mai 2010 vorgelegten ersten Jahresgutachten *Einwanderungsgesellschaft 2010'* die Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das sind z. B. Erziehung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Recht, soziale Sicherheit, politische Mitbestimmung u. a. m. Dem entspricht, als Ziel von Integrationsförderung, die möglichst chancengleiche Partizipation an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Fortsetzung von Seite 174

Für gelingendes Zusammenleben braucht es also auch eine Kultur der Anerkennung. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass Arbeitgeber das Thema Interkulturelle Öffnung bereits als wichtig erkannt haben. Maßnahmen zur interkulturellen

»Für gelingendes Zusammenleben braucht es auch eine Kultur der Anerkennung«

Öffnung von sozialen Diensten und Einrichtungen werden bereits bei vielen Trägern tagtäglich angewendet.

Diakonie oder Caritas zeigen, dass sie dieses Thema bereits seit langer Zeit mit Positionspapieren und konkreten Handreichungen für die Praxis bearbeiten.

Auch das Bundesamt verfolgt unterschiedliche Ansätze der interkulturellen Öffnung. So sind Schulungen zur interkulturellen Sensibilisierung bereits Bestandteil der Personalentwicklungsstrategie. Im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans werden gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern Maßnahmen entwickelt, den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu steigern.

Es bestehen also mehr als die eingangs genannten Schnittmengen zwischen der Arbeit des Verbandes und Aktivitäten des Bundesamtes. Es gibt das gemeinsame Interesse dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Das Bundesamt setzt hier u. a. mit dem ESF-BAMF-Programm an. Es gibt vergleichbare Ansätze im Bereich der

interkulturellen Öffnung, um die Mehrheitsgesellschaft für den Umgang mit Vielfalt und Zuwanderung zu sensibilisieren. Die Maßnahmen sind zwar auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet, haben aber grundsätzlich dieselbe Zielrichtung, nämlich: durch interkulturelle Öffnung die Basis für die Etablierung einer Willkommenskultur zu schaffen. Es ist ein gutes Zeichen, dass auf dieser Veranstaltung Praktiker und Forscher gemeinsam diskutieren: Das Bundesamt steht gerne auch in Zukunft als Kompetenzzentrum für Dialog und Austausch bereit.

Informationen über das BAMF: <http://www.bamf.de/DE/Startseite/startseite-node.html>. Hier findet sich auch ein Link zu lokalen Migrationsberatungsstellen.